Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto Nr. 63. Postscheckkonto. Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Bei- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Ausdrücklich verlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle kein erlei Verpflichtung.

Nr. 2. Dienstag, den 4. Januar 1921. 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Das Finanzministerium hat Verhandlungen mit den Beamten gepflogen, die zunächst eine Verständigung in der Lohnfrage erhoffen lassen.

Nach einer Berliner Meldung wird eine teilweise Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft beabsichtigt.

Die Besetzung des Ruhrgebiets wird vorläufig nicht erfolgen.

In Bremen befürchtet man, daß die Linkspartei am 6. Januar einen Staatsstreich versuchen werde.

Englische Geschäftspolitik.

Von unserem wirtschaftlichen W.-W.-Mitarbeiter.

Nach einer Berliner Nachricht haben englische Finanzkreise einen Plan zur Erleichterung der deutschen Kriegsentschädigungspflicht ausgearbeitet, wonach die Entschädigungssumme in amerikanischer Währung zu zahlen sei, wodurch eine Entlastung der deutschen Mark eintreten würde. Den Export nach Amerika zur Beschaffung der erforderlichen amerikanischen Devisen würde die Entente zu fördern suchen. Dieser englische Plan würde allerdings eine wesentliche Entlastung für — England bedeuten.

Die deutsche Kriegsentschädigung wird — wenn Deutschland überhaupt fähig sein sollte, Zahlungen zu leisten, — vom Verband natürlich nicht in deutscher Papiermark, sondern nur in Gold oder in einer Verband-Währung angenommen werden. Die betreffenden Verband-Zahlungsmittel kann Deutschland sich nur durch Ausfuhr nach dem betreffenden Ententelande verschaffen. Hierfür kommen hauptsächlich Kohle, Kali und Erzeugnisse der Fertigindustrie (Maschinen, elektrische Apparate, Eisenbahn-Wagen und Lokomotiven) in Betracht. Durch diese erzwungene Einfuhr deutscher Erzeugnisse wird natürlich die Industrie des betreffenden Ententelandes schwer geschädigt. Der englische Vorschlag will nun durch Ablenkung des deutschen Exportes nach Amerika in anderen Absatzgebiete der englischen Industrie ihr die eigenen Erzeugnisse aufnahmefähig erhalten. Schon jetzt macht sich die Spaa-Kohle für England sehr unangenehm bemerkbar, da Frankreich und Belgien große Aufträge für die teuere englische Kohle rückgängig gemacht haben. Das erschlechtert nicht bloß allgemein die englische Handelsbilanz, sondern trifft direkt den englischen Kohlenarbeiter. Denn dieser erhält — der Erfolg dieser diesjährigen Kämpfe um die Sozialisierung der Bergwerke — ein Drittel des Gewinnes aus dem Kohlenexport. Die Rückwirkung dieses Gewinnanteiles der Arbeiter auf die innere Lage Englands ist nicht zu übersehen. Durch den deutschen Warenexport für Rechnung der Kriegsentschädigung würde auch die übrige englische Industrie in England, Frankreich, Belgien und den übrigen europäischen Verbandsländern ihr Absatzgebiet verlieren.

Geht dagegen nach dem englischen Vorschlag der deutsche Warenstrom nach Amerika, so entsteht nicht nur diese Nachteile für die englische Industrie, sondern England macht überdies noch ein ungeheures Frachtengeschäft. Denn die Schiffahrt zwischen Amerika und Deutschland ist seit dem Friedensvertrag in englischen Händen und muß englische Kohle verwenden. Natürlich ist das der amerikanischen Industrie schädlich, aber das stört in englischen Bundesgenossen wenig, freut ihn vielleicht gar. Dabei befindet sich schon jetzt Amerika in einer bedeutenden Wirtschaftskrise, weil die großen Vorräte an amerikanischer Baumwolle bis der auf die Hälfte herabgesetzten Preise nicht Gelde gemacht werden können. Amerika hat gar für nächstes Jahr die Kaffeeeinfuhr aus Deutschland eingestellt, da die Farmer bei der heutigen Lage für Baumwolle kein Interesse an der Bebauung des Ertrages durch Kalidüngung haben und das Kali auch nicht bezahlen können. Amerika wird sich daher für den englischen Vorschlag der Wirtschaftskrise unendlich verschärfen muß, Hilfe bedarfen. Deutschland aber wird jetzt, wo es mit Amerika Sonderfrieden schließen will, eine Neigung verspüren, die wirtschaftlichen Nachteile der Kriegsentschädigung gerade dem Lande aufzubürden, das vermutlich keinerlei Ansprüche auf eine solche erheben wird.

Aus dem Reiche.

Bremen in Angst.

TU. **Bremen**, 3. Jan. In Bremen wird am 6. Januar ernsten Befürchtungen entgegengesehen. An diesem Tage findet der Volksentscheid über die Auflösung der Bremer Nationalversammlung in der die Mehrheitssozialisten und die U. S. P. D. die Mehrheit haben, statt. Es wird in Bremen als sehr wahrscheinlich angesehen, daß die Linkspartei dabei einen Versuch eines Staatsstreiches machen werde.

Teilweise Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft?

+ **Berlin**, 3. Jan. Wie verlautet, dürfte sich der Reichstag in kurzer Zeit mit einem Gesetzentwurf betreffend die teilweise Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft zu beschäftigen haben. Die durchaus ungenügende Ablieferung des Brotgetreides durch die Landwirte und die geringen Bestände an Getreide und Mehl, die etwa bis Ende März dieses Jahres reichen, haben die zuständigen Behörden und wirtschaftlichen Körperschaften genötigt, zu einer Auflösung der Zwangswirtschaft Stellung zu nehmen. Weiter ist in Aussicht genommen, für die neue Ernte einen Teil des Ertrages zur Ernährung der Bevölkerung freizustellen. Der verbleibende Rest soll durch die landwirtschaftlichen Verbände und Genossenschaften dem freien Handel zugeführt werden.

Uebergangsgeld für ausscheidende Minister.

TU. **Berlin**, 3. Jan. In der Landesversammlung haben sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten einen Initiativgesetzentwurf eingebracht über das Uebergangsgeld der Staatsminister. Danach erhalten Staatsminister, die ihr Amt mindestens während dreier Monate bekleidet haben und denen kein Pensionsanspruch zusteht, wenn sie aus ihrem Amt scheiden, ein Uebergangsgeld in der Höhe der Dienstbezüge der jeweils im Amt befindlichen Minister, jedoch unter Ausschluß der Aufwandsentschädigung. Das Uebergangsgeld wird für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr gewährt und so bemessen, daß für jeden vollen Monat der ersten sechs Monate der Amtszeit, für jeden zweiten vollen Monat der nächsten sechs Monate der Amtszeit und für jeden vierten vollen Monat der nächsten 12 Monate der Amtszeit ein Monatsbetrag des Uebergangsgeldes gewährt wird.

Die Entwaffnung.

× **Paris**, 3. Jan. (Drahtm.) Die Besetzung des Ruhrgebietes wird vorläufig nicht vollzogen. England hat einen Aufschub dieser Maßnahme durchgesetzt und zwar deshalb, weil der Bericht der Interalliierten Militärkommission in Berlin erst am 23. Dezember erstattet wurde und die Kürze der Zeit es nicht erlaubte, diesen Bericht nachzuprüfen. Die interalliierte Militärkommission in Berlin wird am 10. Januar 1921 nicht, wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist, aufgelöst werden, sondern sie soll weiter bestehen bleiben, was in einigen französischen Blättern als Strafmaßnahme bezeichnet wird. Diese interalliierte Kontrollkommission wird aber keine selbständige Körperschaft mehr sein, sondern der Botschafterkonferenz untergeordnet werden. Die englische Regierung will nunmehr nachprüfen, ob Deutschland seinen Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage nachgekommen ist.

Gegenüber dem englischen Standpunkt, macht die „Agence Havas" geltend, daß die französische Regierung es lediglich für ihre Pflicht gehalten habe, der Regierung des Deutschen Reiches die Feststellungen des Generals Nollet über die ungenügende Durchführung der Entwaffnung zu notifizieren, um zu verhindern, daß die zwei Termine, der des 1. Januar für die Durchführung der Entwaffnung und der des 10. Januar für die Auflösung der Interalliierten Kontrollkommission verfielen. Die französische Regierung überlasse jedoch alles weitere der Botschafterkonferenz und auch Marschall Foch habe lediglich ein Gutachten über einen Schritt der Militärkommission erstattet, aber keineswegs bestimmte Strafmaßregeln vorgeschlagen.

Das Noten-Trommelfeuer.

Die Note der französischen Regierung vom 31. Dezember über die Entwaffnung, wird jetzt zusammen mit der deutschen Antwort im Wortlaut veröffentlicht.

In dieser heißt es:

Nach dem Protokoll von Spaa vom 9. Juli 1920 hat sich die deutsche Regierung zur vollständigen Ausführung des Vertrags von Versailles verpflichtet, 1. sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei zu schreiten, 2. sich sofort alle in den Händen der Zivilbevölkerung befindenden Waffen abliefern zu lassen, 3. sofort die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die militärische allgemeine Dienstpflicht abzuschaffen und die Armee auf der Grundlage langfristigen Dienstes zu organisieren, 4. den Alliierten zum Zweck der Zerstörung alle Waffen und alles Kriegsgerät, das die im Vertrag zugelassenen Mengen überschreitet, auszuliefern und bei der Zerstörung behilflich zu sein. Die verbündeten Regierungen haben dagegen eingewilligt, den Zeitpunkt, bis zu dem die Verminderung der Stärke der Reichswehr auf 100 000 Mann vollendet sein muß, bis zum 1. Januar 1921 hinauszuschieben. Im Augenblick des Ablaufs der durch das Protokoll von Spaa festgesetzten Fristen hat die französische Regierung die Pflicht, folgendes festzustellen:

Bis jetzt ist der Kontrollkommission nur ein geringer Teil der Waffen übergeben worden. Die im Protokoll von Spaa vorgesehenen Verpflichtungen sind folglich in diesem Punkte nicht gehalten worden. Der Reichskommissar für die Entwaffnung hat der Kontrollkommission noch nicht amtlich den Zeitpunkt mitgeteilt, an dem die Abgabe der Waffen der Einwohnerwehren stattzufinden hat. Trotz den wiederholten Anordnungen der Kontrollkommission hat sich die deutsche Regierung in ihren Noten vom 9. und 22. Dezember förmlich geweigert, die Einwohnerwehren und andere ähnliche Formationen in Ostpreußen und Bayern zu entwaffnen. Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist nicht beendet. Die Auflösung der Sicherheitspolizei, deren Auflösung bis zum 22. September die Alliierten in ihrer Note vom 22. Juni zugegeben hatten, hat nicht stattgefunden. Die Auslieferung der überschüssigen Kriegsgeräte ist nicht vollendet.

Dann heißt es wörtlich:

Unter Vorbehalt der sonstigen von den Kommissionen festgestellten Verstöße gegen den Vertrag und unbeschadet der Maßnahmen, die die verbündeten Regierungen auf Grund des Friedensvertrages, der Note von Boulogne und des Protokolls von Spaa treffen könnten, muß die französische Regierung feststellen, daß am 31. Dezember wesentliche Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt sind, und daß die deutsche Regierung die Bestimmungen des in Spaa am 9. Juli unterzeichneten Abkommens nicht genau beobachtet hat. Die französische Regierung nimmt, soweit sie beteiligt ist, schon jetzt Vermerk von diesen Verstößen gegen die von Deutschland feierlich übernommenen Verpflichtungen. Die verbündeten Regierungen werden über diese Verstöße zu befinden haben.

Die deutsche Antwort.

Als Antwort auf diese Note ist der französischen Botschaft eine Mitteilung übersandt worden, in der es heißt:

Die angekauften und beschlagnahmten Waffenbestände (413 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 2597 Maschinengewehre, 781 674 Gewehre und Pistolen, 362 669 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind sämtlich in derselben Weise, wie es bei den abgelieferten Heeresbeständen üblich ist, verschrotet worden. Die freiwillig abgelieferten Bestände (378 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 6536 Maschinengewehre, 612 056 Gewehre und Pistolen, 179 495 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind bis auf einen verschwindend geringen Rest entsprechend der erwähnten Uebung den Zweigstellen der Reichstreuhandgesellschaft übergeben worden, die das Material den Hüttenwerken zur Verschrotung zuführt und die Belege darüber bereithält. Alle abgelieferten Waffen sind übrigens auch den Sammelstellen zum Gebrauch untauglich gemacht worden. Der verschwindend geringe Rest, der auf höchstens 500 Gewehre zu schätzen ist, kommt in diesen Tagen zur Übergabe.

Die Selbstschutzorganisationen haben die angemeldeten Waffen zu einem großen Teil bereits heute abgeliefert. Ende Januar wird die Ablieferung im wesentlichen beendet sein. Die deutsche Regierung hat nicht, wie die Note vom 3. Dezember sagt, die Entwaffnung der ostpreußischen und bayrischen Wehren verweigert. Nur gestatten es die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen Deutschlands.

Die Sicherheitspolizei besteht nicht mehr. Die Annahme, daß die bayrischen Einwohnerwehren und die ostpreußische Orts- und Grenzwehr noch jetzt mit der Reichswehr in Verbindung stünden, ist irrig. Der in Spaa übernommenen Verpflichtung, unverzüglich Maßnahmen zur Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht und zur Organisation des Heeres auf der Grundlage langfristiger Dienstzeit zu treffen, hat die deutsche Regierung durch das Gesetz vom 21. August 1920 genügt. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Die übrigen Bedenken hat die deutsche Regierung in einem Schreiben vom 19. November eingehend widerlegt. Die Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgerät des ehemaligen deutschen Heeres noch nicht vollständig abgeliefert sei, muß bestritten werden. Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß es ihr auch gelingen wird, die Kontrollkommission von der völligen Unbrauchbarkeit der Schriftstücke für Mobilmachungszwecke zu überzeugen und zu einer Verständigung mit ihr zu gelangen. Ein Widerstand gegen die Ausführung der Vertragsbestimmungen über die Luftfahrt wird keineswegs geleistet. Die deutsche Regierung bietet alle Mittel auf, um das Luft-Material, das noch irgendwo im Lande versteckt sein könnte, ausfindig zu machen. Der Schluß der deutschen Antwort lautet:

Gegenüber den von den Kontrollkommissionen hervorgehobenen Fällen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spaa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung dieses Protokolls geleistet worden ist. Sie glaubt sagen zu können, daß niemand damals solche Leistungen zur Erfüllung der gestellten Forderungen für möglich gehalten hat. Sie wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, das die alliierten Regierungen mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles verfolgt haben, ist aber tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung müsse nicht annehmen, daß sie in dem Protokoll von Spaa Unmögliches von Deutschland verlangt werden sollte. Die buchstäbliche Erfüllung hat sich als unmöglich erwiesen. Das möglichste ist geschehen. Wenn die französische Regierung in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Zusagen von Spaa nicht strikte erfüllt worden seien, so erinnert die deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten vielmehr geprüft werden soll, ob sie lonal den Bestimmungen nachkommt. Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.

Eine Verbandsnote gegen die Polizeiflugzeuge.

TU. **Berlin**, 3. Jan. Die Flut der Noten mit militärischen Beanstandungen von seiten der Militär-Kontrollkommission ist immer noch im Wachsen begriffen. Abgesehen von der Generalabrechnung wird, der „Bilanz", die durch das WTB. gleichzeitig mit der deutschen Antwort veröffentlicht wird, ist hier beim Reichsministerium des Auswärtigen am 31. Dezember eine neue Note des Verbandes gegen die Ausstattung der Schutzpolizei mit Flugzeugen eingetroffen. In dieser Note wird u. a. ausgeführt:

Unter dem 4. Dezember haben Sie der Botschafterkonferenz eine Note übersandt, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß die Ausstattung der Polizei mit Luftfahrgerät weder dem Vertrag von Versailles noch dem Abkommen von Spaa zuwiderlaufe. Die Botschafterkonferenz erklärt nach erneuter Prüfung der Angelegenheit nun in aller Form, an der bereits getroffenen Entscheidung festhalten zu müssen, das Bestehen einer Luftpolizei verstoße gegen Artikel 198 des Friedensvertrags, die Bildung von Ausbildungsgeschwadern laufe dem Absatz 3 des Artikels direkt zuwider. Außerdem macht die Botschafterkonferenz darauf aufmerksam, daß die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei der Erklärung der Genehmigung zur Vermehrung der deutschen Polizei gefordert haben, daß die Bewaffnung der Polizei ihren Aufgaben zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei.

Wiederaufbau der Flotte.

Aus dem neuesten Jahrbuch des Norddeutschen Lloyds.

-r- **Hamburg**, 3. Jan. Der Norddeutsche Lloyd hat für dieses Jahr von der Aufstellung einer Bilanz auf Grund der ihm erteilten Befreiung wieder Abstand genommen. In ihrem neuesten Jahrbuch macht aber die Verwaltung einige Angaben über bemerkenswerte Betriebsvorgänge in diesem Jahr. Alle Vorbereitungen für den Wiederaufbau der Flotte sind getroffen. Inzwischen hat der Lloyd schon in der bekannten Weise durch seine Verbindung mit befreundeten ausländischen Gesellschaften einen Anteil am Weltverkehr gefunden. Noch nicht allgemeiner bekannt geworden ist ein von Lloyd geschlossener Vertrag mit der J. H. W. Steele Co. in Galveston, wonach dem Lloyd die Vertretung dieser Gesellschaft für ihren Frachtverkehr von Bremen und Hamburg nach Häfen Kubas und Mexikos übertragen worden ist. Der bedeutsamste Vertrag ist, wie bekannt, der mit der United States Mail Steamship Co. in New York. Seit September 1920 betreibt der Lloyd einen eigenen Dienst zwischen Bremen und Brasilien mit zwei kleinen neuerbauten Dampfern und einem gecharterten Schiff. Ertragreich war die Schleppschiffahrt des Lloyds, die noch durch einen aussichtsreichen Leichterverkehr zwischen Finnland, Schweden und Holland erweitert wurde. Betrieb und Verdienst in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen für Passagiere, Frachten usw. haben sich gehoben. Der Ostseeverkehr ist um die Linie Swinemünde–Danzig bereichert worden, er hat sich überhaupt günstig entwickelt. Dem Luftverkehr hat der Lloyd sich verstärkt zugewandt. Im Frühjahr wurde die Lloyd-Luftdienst-G. m. b. H. gegründet. Ferner wurden mit einer Reihe deutscher und ausländischer Flugzeugbau- und Luftverkehrsfirmen Interessengemeinschaften geschlossen und endlich neuerdings zusammen mit der Sablatnig-Gesellschaft die Lloyd-Luftverkehr-Sablatnig-G. m. b. H. zur Ausgestaltung des Luftverkehrs gegründet. Der Lloydluftdienst wird demnächst über ein Luftnetz verfügen, auf welchem täglich rund 6500 Kilometer abzufliegen sind.

Die Abzeichen des Reichsheeres.

Einheitliche Uniformierung.

Auf Grund einer Verfügung des Reichspräsidenten wird vom 1. Januar 1921 ab mit möglichster Beschleunigung eine einheitliche Uniformierung der Truppenteile des Reichsheeres durchgeführt werden. Die Uniformierung wird sich im wesentlichen nach den Uniformen der bisherigen Reichswehr richten. Als Kopfbedeckung dient der Stahlhelm, die Feldmütze (mit weichem Tuchschirm) und die Dienstmütze (mit Schirm von schwarzem Leder). Der feldgraue Rock weist für Mannschaften eine annehmbare Schulterklappe, für Offiziere ein abnehmbares Schulterstück auf.

Die einzelnen Waffengattungen und die Beamtenschaft des Heeres unterscheiden sich durch „Waffenfarben". Diese sind für das Reichsheeresministerium und den Generalstab karmesinrot, für die Infanterie weiß, für die Jäger **hellgrün, für die Kavallerie goldgelb,** für die Artillerie hochrot, für die Pioniere schwarz, für die Fachtruppen hellblau, für die Kraftfahrtruppen rosa, für die Nachrichtentruppen hellbraun, für Sanitätsabteilung dunkelblau, für die Veterinäroffiziere karmesinrot, für die Zeugämter hochrot und für die Beamten dunkelgrün.

Diese Waffenfarben werden getragen in den Doppellitzen am Rockkragen, in den Unterlagen der Schulterstücke oder in den Vorstößen der Schulterklappen, in den Vorstößen der Dienstmütze, bei Unteroffizieren und Mannschaften in den Nummern auf den Schulterklappen. Die Nummer des Truppenteils befindet sich auf der Mitte des Schulterstücks oder der Schulterklappe, und zwar für Offiziere aus gelbem Metall, für Unteroffiziere vom Feldwebel aufwärts auf weißem Metall, für Fähnriche, Unteroffiziere ohne Portepee und Mannschaften aus Wolle in der Waffenfarbe. Dienstgradabzeichen sind bei den Oberschützen einer, bei den Gefreiten zwei, bei den Obergefreiten drei Tressenwinkel (feldgrau) auf dem linken Oberarm. Unteroffiziere tragen die silberne Tresse am Rockkragen und an den Schulterklappen. Die Dienstgradabzeichen der Offiziere bleiben im wesentlichen dieselben wie bisher. Die Mütze von Offizieren und Mannschaften weist über der Reichskokarde eine Kokarde in den Farben der Landesmannschaft auf, der der Truppenteil angehört.

Durch besondere Abzeichen soll im Reichsheere die Erinnerung an die frühere deutsche Armee gepflegt werden. Als Schießauszeichnungen werden grüne Borten auf der vorderen Seite des linken Aermelaufschlages getragen. Friedensorden dürfen im Dienste nicht getragen werden, sondern nur im Kriege erworbene Orden und Ehrenzeichen sowie Rettungsmedaillen, Verwundetenabzeichen, Dienstehrenzeichen, Dienstauszeichnungen und Kriegerabzeichen.

Die oberschlesische Abstimmung.

Das Abstimmungsreglement.

TU. **Breslau**, 3. Jan. Wie die Breslauer Zeitung mitteilt, hat die internationale Kommission in Oppeln gemäß der ihn in der französischen Antwortnote zugedachten Aufgaben bereits das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die genannte Zeitung über die wichtigsten Punkte des Abstimmungsreglements folgendes:

Als Stichtag für den nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden, aber nicht dort geborenen Personen sollen nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen. Nach dem Friedensvertrage soll ein Stichtag nach dem 1. J[illegible]r 1919 für die interalliierte Kommission genau, also zum Nachteil der deutschen Wähler. Die Abstimmungsberechtigten werden in vier Kategorien eingeteilt, nämlich in Personen, die aus Oberschlesien stammen, aber dort nicht ansässig sind; dann in Personen, die außerhalb Oberschlesien geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen; ferner Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, aber infolge ihrer Ausweisung aus diesen Gebieten ihren Wohnsitz nicht beibehalten haben. Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober 1920 ansässig war, oder, wenn er nicht in diesem Abstimmungsbezirk ansässig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Am 14. Januar beginnt die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Stimmlisten zu laufen. Am 3. Februar 6 Uhr abends ist Schluß der eigentlichen Frist. Am 6. Februar beginnt die Auslegung der vorläufigen Stimmlisten und Beginn der 12tägigen Frist für die Einreichung von Einsprüchen. Am 6. März 6 Uhr abends ist Ablauf der Frist für die Entscheidung der interalliierten Bureaus über die Einsprüche. Am 8. März Entscheidung der interalliierten Kommission über die Einsprüche. Die Wahltage des Wahlreglements werden später durch die interalliierte Kommission bekannt gegeben.

Besprechungen mit den Beamten.

Aussicht auf Verständigung.

Berlin, 3. Jan. (Drahtm.) Die am Montag zwischen der Regierung und den Vertretern der deutschen Beamten gepflogenen Vorbesprechungen haben erfreulicherweise zu einer Annäherung beider Parteien geführt. Es besteht die Hoffnung, daß man auch mit den Eisenbahnern, die bisher im Gegensatz zu den im Deutschen Beamtenbund vereinigten Korporationen an der restlosen Bewilligung ihrer Forderungen festhielten, zu einem Ausgleich kommen wird. Vor allen Dingen haben die Vertreter der Regierung erklärt, daß den Beamten geholfen werden müsse und solle. Am kommenden Freitag werden zwischen dem Beauftragten des Reichsfinanzministers Wirth und dem Deutschen Beamtenbund Verhandlungen stattfinden, in denen man sich grundsätzlich über die Frage der Gewährung von Zuschlägen zu den bisherigen Ortsklassenzuschlägen auseinandersetzen wird. Ferner wurde beschlossen, daß mit den Eisenbahnern getrennte Verhandlungen geführt werden, die am kommenden Mittwoch im Reichsverkehrsministerium beginnen sollen. Die Eisenbahner haben das Verlangen gestellt, daß für alle Beamten in den verschiedenen Gehaltsklassen ohne Rücksicht auf die Ortsklassen-Abstufung Erhöhungen bewilligt werden, die für die unterste Gehaltsklasse etwa 90 Prozent, für die oberste Gehaltsklasse etwa 55 Prozent der bisherigen Zuschläge betragen. Danach würde also ein Eisenbahnbeamter in einer beliebigen Gehaltsklasse dieselbe Erhöhung erhalten, gleichgültig ob er in der Großstadt oder auf dem flachen Lande Dienst tut. Die Regierung steht nun auf dem Standpunkt, daß diese Forderung Unzufriedenheit erregen würde und will statt der durchgehenden prozentualen Erhöhung in den einzelnen Gehaltsklassen eine der Ortsklasse entsprechende Erhöhung der geltenden Zuschläge vornehmen. In den gestrigen Verhandlungen machten die Vertreter der Eisenbahner heftige Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Wirth. Sie erklärten, daß die Stimmung unter den Eisenbahnern auf das Höchste gereizt sei, daß von dem Finanzministerium Verschleppungspolitik betrieben würde. Staatssekretär Schröder als Beauftragter des Reichsfinanzministeriums trat diesen Ausführungen entgegen. Man einigte sich schließlich dahin, daß am Mittwoch über die Forderungen der Eisenbahner im Reichsverkehrsministerium und anschließend daran am Freitag im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes über die Gehaltswünsche aller Beamten verhandelt werde. Am Dienstag werden die Beratungen mit den Beamtenvertretungen ausgesetzt, da eine Besprechung zwischen den Reichsfinanzminister und den Regierungen der einzelnen Länder stattfindet, in der man grundsätzlich noch einmal zu den Gehaltswünschen der Beamten Stellung nehmen will.

Eine Kanonendonner-Maskerade.

Frankreich der Einspänner.

Die Forderung der Alliierten hinsichtlich der Auflösung der Sipo in Deutschland und die damit von anderer Seite verlautbar gewordenen Drohungen von der Besetzung des Ruhrgebiets und Süddeutschland, wie wir in Nr. 302 der „Gew. Ztg." v. 31. 12. 20 berichtet haben, haben gewiß mancherlei Beunruhigungen über die Entwickelung in Deutschland hervorgerufen. In einer Meldung der „Köln. Ztg." unterm 2. Januar aus Paris wird nun gesagt, „daß die Lage durchaus keine Besorgnis hervorrufen könne." Es zeigt sich wiederum, daß Frankreich mit großem Getön den außenpolitischen Einspänner fährt, um — innere Komplikationen zu verdecken. Wir lassen die prägnantesten Stellen aus der Meldung der „Köln. Ztg." folgen:

„Die Note, die die französische Regierung am 31. Dezember an die deutsche Regierung richtete, um die angeblichen Verzüge bei der Durchführung der Entwaffnung festzustellen, soll wie der Temps mitteilt, erst nach der Ueberreichung in Berlin im Wortlaut den verbündeten Regierungen mitgeteilt worden sein. Die Note wird in hiesigen politischen Kreisen rein juristisch aufgefaßt. So gibt das Oeuvre heute zu, daß es sich nur um Feststellungen handle. Durch eine heute vormittag ausgegebene Nachricht der Havasagentur aus London wird das Bild, das man sich über die augenblickliche Lage machen muß, vervollständigt. In dieser Nachricht wird ausdrücklich festgestellt, daß die englischen diplomatischen Kreise etwas erstaunt gewesen seien, daß Fragen von dieser Bedeutung so urplötzlich aufgerollt wurden. Man habe sich gewundert, daß die interalliierte Militärkontrollkommission in Berlin bis zum 23. Dezember gewartet habe, um eine derartige Angelegenheit anzuschneiden. Man fasse deshalb von englischer Seite ins Auge, zu verlangen, daß die interalliierte Militärkommission unter die Kontrolle der Botschafterkonferenz gestellt werde. Die Engländer wünschten die Entwaffnungsfrage in Ruhe zu prüfen und nichts übereilt zu unternehmen.

Inzwischen werden in Paris von der Presse allerhand Vorschläge gemacht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Stimmung, die die Pariser Presse zu machen versucht, nicht der Stimmung entspricht, die in den ernsten politischen Kreisen in Paris vorherrscht. Dort ist man der Ansicht, die übrigens auch schon wiederholt ausgesprochen wurde, daß die Lage durchaus keine Besorgnis hervorrufen könne, daß es sich vielmehr eher um Maßnahmen mit Zukunftswirkungen handle, über die man am besten in Ruhe mit den Beteiligten unterhandle. In gewissen Kreisen, die dem Handel und der Industrie nahestehen, führt man den ganzen Kananendonner, der seit vier Tagen hier veranstaltet wird, auf innerpoli-

---

Viel Klagen hör ich oft ertönen, vom Hochmut, den der große Lobt. Der Großen Hochmut wird sich geben, wenn eure Kriecherei sich gibt. (G. A. Bürger)

Der Radium-Vulkan

Roman von

St. E. White und S. H. Adams

77) Autor. Uebersetzung. — Nachdruck verboten.

„Läßt man auf Iridiumsupersulphat die auf 1000° C. erhitzten Dämpfe des Kupferoxyds einwirken und setzt man nach den in Formel X 18 angegebenen Proportionen Pikrinsäure hinzu, so tritt eine Reaktion ein, über deren Natur ich noch nichts Bestimmtes ersinnen kann. Doch empfiehlt sich im Hinblick auf die Gefährlichkeit der Benzolverbindungen äußerste Vorsicht."

„Pikrinsäure? Benzolverbindungen? Das sind Sprengstoffe," sagte Kapitän Parkinson. „Das sollten wir Barnett zu lesen geben."

„Unter der Formel steht ein Name: Doktor A. Mardenter, Ann Arbor, Mich. Daher auch Englisch! Wahrscheinlich aus einem Brief abgeschrieben!"

„Das muß eins jener Experimente gewesen sein, von denen Slade uns erzählte," sagte der Kapitän nachdenklich. „Deshalb hat sich Doktor Schermerhorn in diesen abgelegenen Winkel zurückgezogen. Offenbar wollte er hier Versuche zur Herstellung eines neuen furchtbaren Sprengstoffes anstellen. Und als Begleitung nahm er eine Bande von Galgenvögeln mit, an denen die Menschheit nichts verloren hätte, wenn die Sache böse abliefe. Möglich, daß sogar eine Probe mit dem fertigen Präparat den vulkanischen Ausbruch veranlaßte. Was meinen Sie dazu?"

„Stimmt nicht!" murmelte Trendon. „Das verlassene Schiff, Billy Edwards, die geheimnisvollen Lichter, Slade und seine Geschichte, alles das hatte nichts mit Sprengstoffen zu tun. Ihre Erklärung ist gut — aber sie reicht nicht aus!"

Kapitän Parkinson wandte wieder ein Blatt um.

„Formeln, nichts als Formeln! Aber hier stehen Randbemerkungen."

„Schund!" las Trendon. „Das bedeutet „ganz untaugliches Zeug" oder so etwas Aehnliches. — Haha! Hier gerät der alte Mann in Wut. Hören Sie: Die unzuverlässigen — hm —m — Schweinehunde, Carrol und Crum, soll der Teufel holen!"

„So heißt die Firma einer Chemikalienhandlung in Washington," sagte der Kapitän. „Als ich auf dem Panzerschiff fuhr, bekam ich immer ihre Preisverzeichnisse."

„Wird schon stimmen. Was? Noch mehr Englisch? Das ist ja wahrhaftig noch schlimmer als Deutsch."

Die in den beiden obersten Zeilen ziemlich gleichmäßige Handschrift verschlechterte sich plötzlich und bedeckte mit rieselgen, wirr durcheinander laufenden Buchstaben die ganze Seite. Aergerlich suchte Trendon sie zu entziffern.

„1. Juni 1904," las er. „Triumph! Eureka. Ich hab's gefunden! Von der (kann ich wieder nicht lesen) Eingebung — göttliche Macht — Lösung der Weltprobleme." Der Alte scheint verrückt geworden zu sein — und seine Handschrift ist noch verdrehter. Da kann sich kein Mensch zurechtfinden."

„Und das scheint der Schluß zu sein," meinte der Kapitän, als er mehrere leere Seiten umgeblättert hatte.

Er legte das Buch aufs Knie und ließ die Blätter zwischen Daumen und Zeigefinger hindurchlaufen. Doch plötzlich hielt er an und schlug eine Seite auf.

„Hier fängt ein neues Kapitel an!" sagte er ruhig.

Einen größeren Gegensatz als den zwischen der kleinen, nervösen Schrift des Professors und den großen, abgerundeten Zügen auf diesen Blättern, die mit wenigen lässig hingeworfenen Zeilen eine Seite füllten, gab es nicht —

„Den 2. Juni 1904. Dieser Tag machte mich zum einzigen Bewohner und Alleinherrscher auf dieser köstlichen Insel. Heute morgen noch war ich Mitglied einer zwar recht interessanten, aber nicht gerade hervorragend friedlichen Gemeinschaft. Heute abend bin ich der letzte Sproß. Alle lieben Gefährten sind fort, sind dahin. Der muntere Salomon, der seelenvolle Nigger, der liebenswürdige Thrackles, der fröhliche Perdosa, der geniale Pulz und der hochstrebende Eagen. Die soziale Atmosphäre ist dadurch zweifellos geläutert worden. Außerdem bin ich zum erstenmal in meinem Leben Großgrundbesitzer. Unbeschränkter Selbstherrscher mehrerer Quadratmeilen Grashoden; item einer Bucht voller Fische; item, einer herrschaftlich eingerichteten Höhle; item, eines recht aufgelegten, doch etwas ungebärdigen Vulkans. Zeitweise werde ich mich wohl etwas vereinsamt fühlen; denn nur die Seemöven trauen sich in meine Nähe. Sie sind soweit auch ganz nette Tierchen, aber ihre geselligen Talente lassen doch manches zu wünschen übrig. Daher dies Tagebuch, die unvermeidliche Zuflucht aller mitteilungsbedürftigen Seelen. Körperlich geht es mir einstweilen recht gut, wenn ich auch einem tragischen Verhängnis entgegengehe. Mein Zigarettenvorrat fängt an, knapp zu werden! Beim Nachzählen — — —

„Fabelhaft!" schrie der Arzt. „Diese Ruhe ist gigantisch! Das muß Darrow sein — —"

Schnell blätterte er das Buch bis zur letzten Seite durch.

Mit zitternden Buchstaben, die eine in Todesqual oder Entsetzen bebende Hand geschrieben haben mußte, stand dort:

Sucht mich in der Höhle!

Percy Darrow.

Trendon reichte das Buch dem Kapitän, der es nach einem schnellen Blick zuklappte.

„Nun heißt es die Höhle finden!" sagte der Kapitän.

„Natürlich ist's die Höhle in den Klippen, die mir bei der Herfahrt auffiel."

„Wo?"

„Von hier aus ungefähr eine Meile in nordöstlicher Richtung. Wir könnten den Weg von hier aus quer hinüber abschneiden."

„Bitt' um Entschuldigung, Herr Kapitän," meldete sich Congdon, „aber ich glaube kaum, daß wir von dieser Seite herankommen können."

(Fortsetzung folgt.)

tische Gründe zurück. Die Wiedergutmachungsfrage sei so wichtig, daß es nicht klug gewesen sei, weite Kreise des deutschen Volkes zu verstimmen. Wenn man in Brüssel mit Nutzen verhandeln wolle, brauche man eine Entspannung.

Von der Pariser Presse wird vor allen Dingen vorgeschlagen, man solle nicht nachgiebig sein. Die verbündeten Kontrollkommissionen müßten über den 10. Januar hinaus erhalten werden. Der Intransigeant geht sogar noch weiter. Er empfiehlt der französischen Regierung, wenn es nötig wäre, die Steuern im besetzten Rheinland einzuziehen und die Verwaltung der besetzten Gebiete selbst zu übernehmen. Der Tagesbefehl an die Reichswehr wird als ein Kriegsruf aufgefaßt. Die Liberté meint, wenn General v. Seeckt vom geschliffenen Schwert spreche, dann fehle nur das trockene Pulver Kaiser Wilhelms, um die alten Zeiten wieder aufsteigen zu lassen.

„Wir hoffen . . . !"

Der Neujahrsbesuch des Konsularkorps in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 3. Jan. An einem Neujahrsbesuch des Konsularkorps bei den hiesigen Behörden im Kurfürstenzimmer des Römers nahmen die Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, der Universität sowie von Berufsverbänden der Unternehmer und der Arbeiterschaft teil. Die Generalkonsuln einer ganzen Anzahl von Ländern waren erschienen. Der großbritannische Generalkonsul Gosling, als Doyen des Konsularkorps, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierigen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre hin, die nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Ländern vorhanden gewesen seien. Dank der Vernunft und dem Arbeitswillen der intelligenten Elemente der Arbeiterschaft seien diese Schwierigkeiten aber überwunden worden. „Wir hoffen", so fuhr er fort, „daß das neue Jahr für Deutschland Ruhe und Frieden bringen wird, und daß das fleißige und energische deutsche Volk im Jahre 1921 der Faktor der Wiederherstellung des neuen Deutschlands sein wird. Diese Wiederherstellung wird von dem deutschen Volke und von der Arbeiterschaft in hohem Grade abhängig sein".

Der Oberbürgermeister Voigt betonte in seiner Erwiderung, wirklich bessere Zeiten könnte nur die Wiedererkenntnis der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit der Menschen und Völker bringen, die sich in wirtschaftlicher Beziehung bereits einstellt, aber alle Gebiete des Lebens bis hinauf zu den rein geistigen der Wissenschaft und der Kunst umfassen müßte.

Kurze vermischte Nachrichten.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg herzliche Beileidstelegramme gerichtet.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Dresden, das sächsische Finanzministerium ist nunmehr zur Ausgabe von Porzellangeld geschritten. Es werden 5 Millionen Mark in 20- und 50 Pfennig-Stücke sowie ein- und zwei Markstücke ausgegeben. Die Kassen sind angewiesen, das Porzellangeld an Zahlungsstatt zum Nennwert anzunehmen.

Aus Paris wird gemeldet: Marschall Foch plane nicht eine Besetzung des Ruhrgebietes, sondern einen Vorstoß in das Maintal, um Bayern von Norddeutschland abzuschneiden.

Die Ratifikationsurkunden zwischen Finnland und Räterußland wurden am Mittwoch in Moskau ausgetauscht, so daß der Friede zwischen Finnland und Rußland am Mittwoch, dem 29. Dezember, in Kraft getreten ist.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 4. Januar.

Gevelsberg in Klasse B.

Die amtliche Mitteilung über die neue Ortsklasseneinteilung ist erschienen; darnach sind in Westfalen in Klasse A: Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Boltrop, Herne, Recklinghausen-Land und -Stadt, Wanne, Witten, Eickel, Hörde, Osterfeld, Wattenscheid, Weitmar, Linden, Dahlhausen gekommen.

In B sind: Münster, Hagen, Buer, Gladbeck, Hamm, Siegen, Langendreer, Halpe, Horst-Emscher, Schwelm, Kastrop, Gevelsberg, Herten, Werne, Unna, Lünen, Lüttgendortmund, Lanzerfeld, Hattingen, Annen, Kirchhörde, Hohenlimburg, Röhlighausen, Gerthe, Mengede, Ickern, Brambauer, Marten.

In Klasse C sind: Herford, Minden, Ahlen, Rheine, Ensbetten, Gronau, Datteln, Soest, Schwerte, Menden, Lüdenscheid, Neheim, Kamen, Apferbeck, Arnsberg.

In Rheinland sind u. a. in Klasse A: Elberfeld, Barmen, Hamborn, Solingen, Remscheid, Oberhausen, Wolfwinkel.

— Eine Stromsperre des R. E. W. wird wahrscheinlich morgen noch nicht erfolgen können, da der Kohleneingang vorläufig noch ungenügend ist. Es wird rechtzeitige Bekanntgabe erfolgen.

— Der 4. Wintervortrag in der Aula des Realgymnasiums findet am Sonnabend, dem 15. Januar, abends 8¼ Uhr, statt. Es muß aber in dem Thema eine Veränderung eintreten. Der ursprünglich angesetzte Vortrag über Suggestion und Hypnotismus kann durch Herrn Sanitätsrat Dr. Fulda nicht gehalten werden. Statt dessen wird Herr Professor Dr. Koch aus Frankfurt a. M. reden über: „Die vererblichen menschlichen Eigenschaften und Krankheiten (mit Lichtbildern).

— Verunglückt. Der Holzhändler J. S. aus Schwelm wurde von einem Wagen der Gevelsberg-Hasslinghauser Straßenbahn angefahren. Er mußte ins Gevelsberger Krankenhaus gebracht werden.

— Die Quäkerspeisung beginnt nach der neuesten Bekanntmachung am 6. d. M. Anmeldungen von Hoffenden und stillenden Frauen und Kleinkindern können noch erfolgen. Letzter Termin ist der 6. Januar.

— Futterkartoffeln, der Zentner zu 10 ℳ, werden am städtischen Lager verkauft.

— Ein Schlachthaus will der Pferdemetzger Fritz Korten hier errichten.

— Auf Irrwegen. Der Handwerker P. S. von hier fiel in die Klauen der französischen Fremdenlegion, wurde aber wieder entlassen. Bei seiner Rückkehr machte er sich in Münster des Betruges schuldig. Er wurde deshalb verhaftet.

— Hühner-Diebstähle. Dem Arbeiter B. in der Ackerstraße am Vogelsang wurden aus dem Hühnerstall wertvolle Hühner gestohlen und einem Anwohner der Hagenstraße am Vogelsang ein wertvoller Hahn entwendet.

— Namensänderung. Nach der Verkleinerung der Schutzmacht Deutschlands heißt sie jetzt nicht mehr Reichswehr, sondern Reichsheer.

— Stimmungsbilder aus dem Sauerlande. Unter diesem Namen hat der Sauerländer Verlag zu Iserlohn 12 Kupferstichdrucktafeln aus dem Sauerlande vor Weihnachten herausgebracht. Die Karten finden nichts Gleichwertiges inbezug auf die Ausführung im Sauerlande vor. Jede Ansichtskarte wirkt in der künstlerischen Wiedergabe tatsächlich wie ein Stimmungsbild. Es ist zu begrüßen, daß der neue Verlag den Naturschönheiten des Sauerlandes durch eine äußerst schöne Ausstattung der Karten gerecht wird und mit der Herausgabe solcher fein empfundenen Landschaftsaufnahmen erzieherisch auf den Geschmack der großen Masse einzuwirken sucht. Die Sammlung wird, wie wir hören, fortgesetzt. Jede gute Buch- und Schreibwarenhandlung führt diese Karten des Sauerland-Verlages.

— Ueber die Ausführung des Teuerungszuschlages für Beamte sind Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Parlament und dem Deutschen Bamtenbund wieder aufgenommen worden. Der Deutsche Beamtenbund hält an seinen Forderungen fest. Der Beamten-Kartellverband im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fordert die Einreihung aller Orte des Industriegebietes in die höchste Ortsklasse. Außerdem erhebt der Kartellverband für den Industriebezirk die Forderung einer besonderen städtischen Zulage.

— Das Handwerks- und Gewerbe-Amt Hagen schreibt uns: Soeben erhalten wir die Nachricht, daß die Frist der Zahlung des Reichsnotopfers bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden ist. Mit Rücksicht auf den großen finanziellen Vorteil, der mit der Zahlung des Reichsnotopfers in Kriegsanleihe verbunden ist, kann allen Handwerkern nicht dringend genug empfohlen werden, ihre selbstgezeichnete Kriegsanleihe zu Steuerzahlungszwecken zu benutzen. Der Umstand, daß bei Zahlung der Kriegsanleihe die Höhe des Reichsnotopfers mangels Veranlagung noch nicht feststeht, sollte nicht von einer Zahlung innerhalb der vorgesehenen Frist abhalten. Die Höhe des zu zahlenden Reichsnotopfers ist an Hand der Steuererklärungen leicht zu errechnen. Gegebenenfalls sind die Finanzämter verpflichtet, Auskünfte über die Höhe des Reichsnotopfers zu geben.

— Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft für Butter. In weiten Kreisen der Oeffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Butter im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist durchaus irrig. Sie widerspricht einmal den ausdrücklichen Erklärungen des Reichsernährungsministers Dr. Hermes, wonach in der Lockerung der Zwangswirtschaft jetzt eine Pause eingetreten sei, u. a. die Milch und Butter weiter unter der Zwangswirtschaft verbleiben müssen. Ferner liegt in dieser Auffassung eine Verkennung der Tatsache, daß Milch und Milchfett organisch zusammengehören. Mit der einseitigen Freigabe der Butter und der damit gegebenen freien Preisbildung würde die Milch vorzugsweise der Verbutterung zugeführt werden, da diese dann eine viel gewinnbringendere Verwertung der Milch ermöglichen würde. Die bisherige Frischmilchversorgung der Kinder und Kranken, für die die Milch ein unentbehrliches Nahrungsmittel ist, wäre damit gefährdet.

— Bereifung der Anhängewagen für Lastkraftwagen. Nach der Amtsblattbekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 15. Dez. 1920 dürfen die bereits zugelassenen Anhängewagen den Lastkraftwagen bis längstens zum 1. April 1921 mit nichtelastischer Bereifung in Benutzung genommen werden. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß etwaigen Anträgen auf Neuzulassung von Anhängern mit nichtelastischer Bereifung vom 1. Januar 1921 ab nicht mehr stattgegeben werden kann.

— Zahlung mit Kriegsanleihe. Bei der Zahlung mit Kriegsanleihe auf das Reichsnotopfer werden bereits fällig gewordene Zinsscheine nicht mehr angenommen. Werden sie trotzdem noch den Annahmestellen eingeliefert, so sind sie von der Annahmestelle abzutrennen und dem Einlieferer zurückzugeben. (Vgl. Erlaß des Reichsfinanzministers vom 19. Oktober 1920 III 23 103).

Milspe, 4. Januar.

— Von der Landesversicherungsanstalt geht uns folgende Nachricht zu: Der Reichstag hat am 17. Dezember beschlossen: 1. Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, denen eine Zulage nach dem Gesetz vom 20. Mai 1920 gezahlt wird, erhalten vom 1. Januar 1921 ab durch die Post eine Beihilfe ausgezahlt, die für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente 40 ℳ monatlich, für Empfänger einer Waisenrente 20 ℳ monatlich beträgt. Wer auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärversorgungsgesetze irgend welche Bezüge — auch für Erwerbsbeschränkung unter 66⅔ Prozent — erhält, dem steht die Beihilfe nicht zu. 2. Zur Deckung der Aufwendungen für diese Beihilfe werden die am 1. August 1920 eingeführten Beiträge zur Invalidenversicherung vom 20. Dezember ab zum doppelten Geldwert berechnet; Arbeitgeber und Versicherte tragen je die Hälfte.

Hierzu ist zu bemerken: Seit dem 20. Dezember gibt die Post nur noch Beitragsmarken zum doppelten Wert ab; die Marken bleiben unverändert im Aufdruck, bis Verdoppelung ihres Geldwertes ist als eine Art Steuer anzusehen, aus der die Beihilfe für Rentenempfänger gedeckt wird. Aber vor dem 20. Dezember Beitragsmarken im Voraus gekauft hat, kann diese auch jetzt noch verwenden, wer dagegen noch Beiträge für die Vergangenheit zu leisten hat und keinen Markenvorrat besitzt, muß auch für diese vom 1. August ab den doppelten Betrag zahlen. Es kommt dabei nicht in Betracht, ob die Markenverwendung für die Vergangenheit durch schuldhafte Unterlassungen unterblieb, oder ob sie ohne jedes Verschulden zu Recht erfolgt, es gibt dafür nur noch Marken zum doppelten Geldwert. Der Reichstag hat nicht verkannt, daß die Ausführung dieses Gesetzes Härten und Ungleichheiten mit sich bringen würde, er hat aber geglaubt, diese in Kauf nehmen zu sollen, um den Rentenempfängern möglichst schnell und wirksam zu helfen. Die Landesversicherungsanstalt war leider nicht in der Lage, auf die äußerst zahlreichen Anfragen aus allen Teilen der Provinz früher eine ausreichende Auskunft zu erteilen, da sie selbst durch dieses Gesetz überrascht worden ist und über seinen Inhalt und seine Ausführung im unklaren war.

Westfalen und Rheinland.

* Siegen, 31. Dez. Neun Bergleute aus Herdorf gehen im Februar nach unserer ehemaligen Kolonie Südwestafrika ab, wo sie schon einmal vor und auch während des Krieges tätig gewesen sind. Sie sind verpflichtet von der Otavi-Minen-Gesellschaft in Berlin.

* Hellenkrenzen, 2. Jan. Bei der von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner unter den Eisenbahnbeamten und Anwärtern vorgenommenen Urabstimmung wurden 537 Stimmen für den Streik und nur 43 dagegen abgegeben. Die Beamten des Stellwerkdienstes, die Rangierbeamten und die in Frage kommenden Arbeiterverbände haben sich unter Verzicht auf die Urabstimmung geschlossen für den Streik erklärt. In Herne hat sich ebenfalls eine erhebliche Mehrheit für den Streik ergeben.

* Herne, 1. Jan. Die Stadtverordneten haben mit den Mehrheitsstimmen der Sozialdemokraten und Polen die Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommen abgelehnt. Der Magistrat wird diesen Beschluß beanstanden.

* Herne, 2. Jan. Hier hat sich die Bergmannssiedlung G. m. b. H. Herne gebildet. Sie umfaßt die Orte Herne, Castrop, Mengede und Lütgendortmund.

* Herne, 2. Jan. Die Stadtverordneten haben die Errichtung eines Schulkinos beschlossen.

* Münster, 3. Jan. Eine etwas reichlich ausgefallene Weihnachtsbescheerung wurde der Familie Messing in Recke zuteil. Es wurden ihr noch dem Münst. Anzeiger vom Klapperstorch drei gesunde Mädchen auf einmal gebracht.

* Münster, 31. Dez. Unter dem dringenden Verdacht, an umfangreichen Diebstählen in der hiesigen Güterabfertigung beteiligt gewesen zu sein, sind bisher elf Personen verhaftet worden, hauptsächlich Hilfsbedienstete der Bahn, Rollkutscher und Fuhrleute, sowie mehrere Geschäftsleute als Hehler.

* Einbeck, 2. Jan. Bei einem Stubenbrand sind hier zwei Kinder ums Leben gekommen. Ein Nachbar, der durch den Rauch auf das Feuer aufmerksam geworden war, fand eins der Kinder verkohlt im Kinderwagen; das andere lag sterbend unter dem Herd.

* Barmen, 1. Jan. Hier sprang ein geistesgestörtes 18jähriges Mädchen aus einem Fenster des vierten Stockwerks in den Hof. Es war sofort tot.

* Düsseldorf, 2. Jan. Der frühere Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Oehler ist als ordentlicher Dozent im Nebenamt mit dem Lehrauftrag für Kommunalwissenschaften in den Lehrkörper und Senat der Fürst Leopold-Hochschule in Detmold berufen worden.

* Duisburg, 2. Dez. Hier wurden fünf Eisenbahnräuber verhaftet, als sie eben aus einem Wäldchen an der Wedau große Mengen Kaffee und Butter, die aus Eisenbahndiebstählen herrührten, auf einem Fuhrwerk wegschaffen wollten.

* Wiedenbrück, 2. Jan. Hier wurde ein von Leutnant a. D. Paul Winkelhausen aus Neuenkirchen begleitetes Fuhrwerk beschlagnahmt, auf dem sich zwei Maschinengewehre, 71 Gewehre, einige Säbel und eine größere Menge Munition befanden. Winkelhausen gab zunächst an, er habe die Waffen im Auftrage der Reichswehr zum Zwecke der Unbrauchbarmachung in die Ems werfen wollen. Später hielt er diese Behauptung aber nicht aufrecht; er erklärte vielmehr, er verweigere jede Auskunft und nenne keine Mitschuldigen.

* Koblenz, 2. Jan. Der Kellner eines hiesigen Restaurants war, wie man annahm, gestorben. Als indes der bestellte Sarg ankam, war der vermeintliche Tote wieder zum Leben zurückgekehrt; leider nur für wenige Stunden, denn bald darauf wurde ärztlicherseits der Tod festgestellt.

* Trier, 2. Jan. In Philippsheim drangen nachts zwei Räuber in das Haus des Steinbruchbesitzers Schmidt ein. Dieser riß rasch entschlossen das Jagdgewehr von der Wand und machte einen der Räuber durch einen Schrotschuß, den anderen durch Kolbenschläge unschädlich. Es stellte sich heraus, daß der eine der Verbrecher ein Eisenbahnrangierer, der andere ein Bahnpolizeibeamter war.

Turnen, Sport und Spiel.

Stand der Liga in Südwestfalen am 2. Januar.

Vereine	Spiele	gew.	un.	verl.	Tore	Punkte	
						gew.	un.
Hagen-Eppenhausen	15	9	2	2	37	16	20
Sp. u. Sp. Gevelsberg	11	6	4	1	29	20	16
V. f. B. Weidenau	12	6	3	3	23	17	15
Jahn. Siegen	11	6	2	3	21	17	14
Sp.-V. Siegen	11	5	2	4	18	20	12
A. H. T. S. V. 1860	11	5	1	5	12	20	11
Sp. Sp. Hüsten	12	1	2	9	16	36	4
F.-C. Elberfeld	13	1	—	12	20	39	2

Weitere Ergebnisse.

Sportabteilung der Stpo Hagen — Union Halpe 1:2. TSV. Kabel 1. — 1860 Hagen 3:3 (0:2). LSV. Westhofen 1. — 1860 Hagen 1:11. Vorhalle 09 — Eintracht-Eckesey 2:3 (0:2). Herdecke 2. — Eckesey Eintracht 2. 2:0. 1860 Hagen 6. — Union Halpe 4. 3:8. (Hagen mit 8 Mann).

Berg. Kreis (Liga): VV. Solingen — LVB. Barmen 3:2. Sp. u. Sp. Elberfeld — Sonnborn SC. 2:2.

* Einen Ländertampf Deutschland—Frankreich hat der französische Arbeitersportverband auf seine Terminliste für 1921 gesetzt. Dieses Treffen soll zu Pfingsten (9. Mai) in Stuttgart vor sich gehen. Weitere Ländertreffen sind für den 30. Januar in Paris mit Belgien, für den 3. März in Paris mit der Schweiz und für den 27. März in London mit England vorgesehen.

Vermischtes.

** Bilder aus der guten alten Zeit. Ueber die Sitten und Gebräuche, die in der so oft gelobten, so oft wieder herbeigesehnten „guten, alten Zeit" geherrscht haben, scheint man sich im allgemeinen im Unklaren zu befinden, andernfalls würde man wohl kaum jene Tage zurückwünschen und die heutige Welt mit ihren argen Sitten und Sünden verurteilen. Die Welt ist heute schließlich doch in vielem besser als ehedem, und auch die Menschen sind anders geschnitzt, nur kommt eben jedes Böse und Schlimme sogleich in die Zeitung, und der Einzelfall wird zu sehr verallgemeinert. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß unsere Moral und Denkungsart, die besonders seit der „glorreichen" Revolution tief gesunken ist, nicht einer gründlichen Revision bedürften. Aber wie sah es dazumal erst aus, in der „guten, alten Zeit", mit der Keuschheit, mit der Treue, mit der Redlichkeit, wie sah es aus mit dem Komfort, mit dem gegenseitigen Verkehr, mit der Bildung, und zwar ganz allgemein, nicht blos bei verhältnismäßig wenigen, die sich wie heute aus politischem Wahn fernab jeglicher Kultur stellen. Man lese nur sittengeschichtliche Werke! Einige Beispiele aus dem Lande unserer Freunde, der Franzosen, mögen hier folgen. Ludwig XIII. fand ein Vergnügen daran, einen Schluck Wein im Munde zu behalten und diesen den dekolletierten Damen von fern auf Brust und Hals zu speien. Sein Nachfolger, der Sonnenkönig, ergötzte sich bei Tafel mit dem Werfen von Brotkugeln, Orangen, Obst usw. Die Prinzessin von Conti füllte ihm einmal zum Dank für seine Streiche eine gefüllte Salatschüssel über das gesalbte Haupt! Einmal ließ Ludwig XIV. Haare in die Butter kneten und Küfer in den Kuchen backen — es war für ihn zum Totlachen. Im Schlosse zu Versailles gab es in damaliger Zeit sage und schreibe 274 „Gelegenheiten", die die Stelle unserer Wasserklosetts vertraten, und mehr als einmal hat der König bei Benutzung solchen Gelegenheitsortes Aufsehen erregt, was heute

auch die Damen des Hofes ihre Besucher beiderlei Geschlechts im Bette liegend empfingen. Das hatte freilich seine Gründe, denn nirgends gab es Oefen in den Wohnräumen, die Hofleute verkrochen sich in mit Stroh gefüllte Fässer, und das „Bürgerpack" — mußte einfach erfrieren. Nach außen trug man den denkbar höchsten Glanz zur Schau, überall prunkte man mit Gold und Samt und Seide, mit Karossen und Dienern, wie man es auf jenen entzückenden Bildern damaliger Zeit sieht, aber daheim kannte man nicht einmal den heutzutage alleinfachsten Luxus eines gediegenen — Waschbeckens!

** **Die neuen Reichen.** Sitzt da während der Feiertage in einem Gasthaus ein Herr mit seiner Ehehälfte. Man will etwas Gutes trinken, man hat's ja, gottseidank! „Kellner bringen Sie uns eine Flasche recht alten Bordeaux!" Wütend fährt seine Frau dazwischen: O natürlich, der älteste ist gut genug für mich. Den kannst Du selbst trinken. Kellner, bringen Sie mir eine Flasche neuen Bordeaux!"

Bücherschau.

Sozialismus und Kohlensozialisierung von Max Cohen. Herausgegeben von der Gesellschaft „Aufbau und Werden", Verlag „Der Firn", Berlin W 57. Preis 1 Mark.

Max Cohen, der Mitglied des Reichswirtschaftsrates ist, löst hier die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues von den Gewirr der Wünsche und Redensarten und der parteipolitischen Spekulationen los und betrachtet sie rein vom wirtschaftspolitischen Standpunkt. Er faßt sodann das Gesamtproblem der Sozialisierung mit sicherer Hand grundsätzlich an und warnt vor übereilten Maßnahmen auf diesem Gebiete, wo die Fußangeln und Selbstschüsse der Tatsachenlogik so überaus zahlreich verstreut sind. Selbstverständlich will der Autor wie jeder Sozialist auch auf diesem Gebiete den wirtschaftlichen Fortschritt. Aber keine Zeit war wirtschaftlichen Experimenten ungünstiger gesinnt als die gegenwärtige.

Eine gute Beigabe ist für den Leser die knappe Zusammenfassung alles Wissenswerten über den jetzigen Stand der Sache. Die verschiedenen Vorschläge und „Standpunkte" der beteiligten Faktoren, insbesondere des Reichswirtschaftsrates werden in allem Wesentlichen dem Leser vor Augen geführt. Bei allem Reichtum des Materials und der entwickelten Gedanken ist die Broschüre nicht zu umfangreich ausgefallen, so daß ihr Preis auch jedem Arbeiter möglich ist.

Wirtschaftlicher Teil.

Krisenprophezeiung der Neuße Handelskammer.

In den Mitteilungen der Handelskammer zu Neuß wird in einem Artikel über Lage und Gang der Industrie im Neußer Bezirk im Jahre 1920 zusammenfassend gesagt:

„Wenn mit dem Jahre 1919 in unserem Bezirk eine fast auf allen Gebieten von Industrie und Handel zu beobachtende, an und für sich erfreuliche Aufwärtskonjunktur einsetzte, so konnte diese doch infolge der Ungunst aller, aber auch aller Verhältnisse nicht recht zum Tragen kommen. Und wenn nicht aller Schein trügt, wird das inzwischen wieder eingetretene Abflauen dieser Entwicklung zu Tiefen führen, die in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und auch unseres Bezirks noch nicht dagewesen sind."

Börsenberichte.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Die Kursangaben besagen daß für je 100 Gulden Kronen, Franken usw. der betr. Landeswährung die eingegebene Summe in deutscher Mark bezahlt werden usw. — Geld — Nachfrage — Brief — Angebot.

Für drahtliche Auszahlungen	31. Dezember Geld	31. Dezember Brief	3. Januar Geld	3. Januar Brief
Holland 100 Gulden =	2257.70	2292.30	2822.65	2327.35
Belgien 100 Frk. =	455.50	463.50	458.50	459.50
Norwegen 100 Kr. =	1134.85	1157.15	1134.85	1157.15
Dänemark 100 Kr. =	1133.95	1156.15	1136.85	1159.05
Schweden 100 K. =	1454.50	1467.50	1478.50	1491.50
Finnland 100 fin. M. =	209.75	210.25	212.75	213.25
Italien 100 Lire =	254.70	255.30	251.70	258.30
England 1 Pfd. St. =	257.70	262.30	262.20	262.80
Amerika 1 Dollar =	73.29	73.45	74.42	74.58
Frankreich 100 Frk. =	439.50	453.45	436.48	437.45
Schweiz 100 Frk. =	1110.85	1113.15	1133.85	1136.15
Spanien 100 Pes. =	971.50	978.50	972.00	974.00
Oesterreich 100 Kr. =	00.00	00.00	00.00	00.00

Kölner Börse.

	31. Dezember Geld	31. Dezember Brief	3. Januar Geld	3. Januar Brief
Englische Noten	264.50	254.50	262.50	263.50
Frankreich	435.00	426.50	434.50	434.25
Belgien	448.00	450.00	455.00	456.00
Holland	2252.50	2257.50	2327.00	2340.00
Newyork	71.00	71.50	73.25	73.65

Metallbörse in Hamburg am 31. Dezember.

		Geld	Brief
Silber (900 fein)	prompt	1220	1210
Zink (hüttenroh)	prompt	650	660
	per Jan.	645	640
	per Febr.	630	630
	per März	600	600
dto. (umgeschmolzen)		600	650

Blei (Original-Hütten-Weichblei, dopp. raff.)		
Lager	660	645
dto. (Weichblei, doppelt raffiniert)	560	510
Zinn (Banka-Straits)	68	67
Kupfer (gretthar)	—	—
dto. (G. Mansfeld)	13	13
dto. (Wirebars)	22	21
Antimon	9	7
Nickel	—	—
Aluminium	—	—

Vereins- und Vergnügungskalender.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener. Donnerstag, d. d. M., abends pünktlich 8 Uhr, bei Hackenberg: General-Versammlung.

Tonwild-Theater, Mittelstr. 36. Dienstag und Mittwoch: Die Schatten einer Stunde. — Falscher Start. — Der Storch im Salat. Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan!

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: P. H. Bemba für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Derkenbreder beide in Gevelsberg.

Geschäftliches.

Am Konservatorium der Musik zu Barmen, Schuchardstraß 30 — Direktor: Adolf Siewert — beginnt ein neues Trimital. Der Unterricht erstreckt sich auf alle Fächer der Tonkunst. Dem Lehrkörper trat neu bei Konzertsänger Eduard Poll (Musikdirektor). Das Seminar zur Ausbildung von Musiklehrern und -lehrerinnen ist dem Verband Deutscher Konservatorien und Musik-Seminare angegliedert und hat vollgültige Abschlußprüfung.

Ida Harke
Theo Truscheit
Verlobte.

Gevelsberg z. Zt. Swinemünde — Swinemünde

Dezember 1920.



Du warst des Vaters Stolz,
Der Mutter Freude.
Doch Gott hatte dich lieber
Als deine Eltern beide.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag mittag 2½ Uhr nahm der Herr unser, innigstgeliebtes Söhnchen

Oskar

im zarten Alter von 1 Jahr, 2 Monaten zu sich in sein Reich.

Tiefbetrübt zeigen dieses an

Friedrich Binse u. Frau
Helene geb. Tempelmann.

Gevelsberg, den 4. Januar 1921.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Januar, nachm. 2¼ Uhr, vom Trauerhause Hagener Straße 76 aus, statt.

Bekanntmachung.

Am städtischen Lager, Hagener Straße 41, werden von heute ab

Futterkartoffeln

pro Zentner **Mk. 10.—** abgegeben.

Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Der Pferdemetzger Fritz Korten hierselbst, beabsichtigt auf seinem Grundstücke Gevelsberg, Flur 4, Parzelle Nr. 2934/205 eine Schlachthaus- und Stallanlage zu errichten.

Die Zeichnungen, Pläne und Beschreibungen liegen vom 4. k. Mts. ab 14 Tage lang zur Einsicht im Rathause, Zimmer 12, öffentlich aus. Während der Auslegungsfrist können bei der unterzeichneten Behörde schriftlich in 2 Exemplaren oder zu Protokoll gegen das Vorhaben Einwendungen erhoben werden. Nach Ablauf der Frist sind in dem Verfahren Einwendungen unzulässig.

Zur mündlichen Erörterung der etwa erhobenen Einwendungen ist Termin auf

den 18. k. Mts., vormittags 11 Uhr,

im Rathaus, Zimmer 16, vor dem Unterzeichneten anberaumt. Im Falle des Ausbleibens der Unternehmerin oder der Widersprechenden wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.

Gevelsberg, den 31. Dezember 1920.

Der Stadt-Vorstand.
Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Ab 3. Januar halte ich in meiner

Wohnung, Hagener Straße 258,

täglich, ausser Sonnabends von 2—3 Uhr

Sprechstunde
für innere Krankheiten

ab.

Dr. med. Linné
Stationsarzt der inneren Abteilung des Städt. Krankenhauses.

Anmeldungen von hoffenden u. stillenden Frauen und Kleinkindern

(im Alter von 2—6 Jahren)

zur Teilnahme an der Quäkerspeisung

sind bisher nur spärlich erfolgt, sodaß noch eine Anzahl Portionen zur Verfügung stehen. Deshalb wird nochmals ein Termin zur Anmeldung und Untersuchung angesetzt

auf Donnerstag, den 6. ds. Mts., nachmittags von 4—5 Uhr, im Lokale der Mütterberatungsstelle (Mittelstr. 17).

Es wird gebeten, von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen, da die Speisung bereits in den nächsten Tagen beginnen soll. Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung vom 28. Dezember 1920 verwiesen.

Gevelsberg, [illegible]. Januar 1921.

Bürgermeisteramt.

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.



Dienstag ndu Mittwoch ab 7 Uhr:

Die Schatten einer Stunde.

5 Akte. — Hauptrolle: Hella Moja.

Die Liebe einer Frau, die mit einem Nichtswürdigen um ihre Ehre ringend, im Zorn sich ihres Bedrängers entledigt und ihr Glück opfernd, sich selbst der Gerechtigkeit stellt.

Falscher Start.

Ein Rennroman von schönen Pferden und Frauen in 5 Akten.

Der Storch im Salat.

Ein gewaltiges Lustspiel mit Helene Voß und Rudi Oehler.

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Quäkerspeisung.

Mit Beginn der neuen Speisungsperiode (3. Januar 1921) tritt ein Wechsel bei den hoffenden und stillenden Müttern ein.

Neuanmeldungen werden bis zum 3. Januar im Amtshause, Zimmer 4, entgegengenommen.

Milspe, den 3. Januar 1921.

Der Amtmann: Burmann.

Die Anfuhr von

Kohlen für Industrie

per Lastwagen übernimmt bei billigster Berechnung von allen Zechen

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Heute eingetroffen:
1 Waggon

Soester Brot,

hochfeine Bauernstuten.

Carl Hahn,
Hagener Straße 45.

Empfehle für morgen

dickes fettes

Fleisch,

sowie **sämtliche**

Wurstsorten.

Fritz Korten,
Mittelstraße 100.

Ein kl. schwarzer Herd
zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg.

Schlachtziege
zu verkaufen.
Geerstraße 13.

---

1 gebr. Kommode
zu kaufen gesucht.
Angebote unter R. 330 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Haspe,
Tillmann-Straße Nr. 18.
An- u. Verkauf
gebrauchter
Herrengarderoben.

Graugußformer

für größere Stücke sofort gesucht.

Kruiner Gußstahlwerk Reilinghaus & Röllinghoff.

Wir suchen für sofort oder auch in 14 tägigem Eintritt

1 Modellschlosser,
1 Handformer,
1 Kupolofen-
schmelzer.

Gebr. Hölker,
Eisen- u. Stahlgießerei.

---

1 Mustermacher
für sofort gesucht.
Kruiner Gußstahlwerk Reilinghaus & Röllinghoff.

Für unsere Maschinenbauerei suchen wir zu Ostern einen gewecken, kräftigen

Jungen

in die Lehre.

Berg & Flamme,
Fellenfabrik
Vogelsang-Ueer.

Wir suchen zum 1. Febr. eine tüchtige

2. Buchhalterin.

Bewerberinnen, die schon einige Erfahrungen in Korrespondenz und Stattistik haben, erhalten den Vorzug.

Gebr. Rosenthal,
Gevelsberg.

Zur Führung der Bücher in Handwerksbetrieben und Geschäften gereifter junger Beamter sucht während seiner dienstfreien Zeit

Nebenbeschäftigung.

Auskunft erteilt
Spediteur Asbeck.

Ich suche ein älteres

Mädchen

für ¾ Tage.

Frau Walter Schloemann,
Elberfelder Str. 33.

Wegen Krankheit ein

junges Mädchen

vormittags von 8—11 Uhr gesucht.

Mittelstraße 103, III.

Propere, ehrliche

Frau

für vormittags gegen hohen Lohn gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsst. d. Ztg.

Mädchen

auf ganze oder halbe Tage möglichst bald gesucht.

Schulstraße 15.

In Vogelsang in besserem Hause eine

möbl. 3-Zimmer-Wohnung

sofort zu vermieten.
Angebote unter Sch. 672 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Möbliertes Zimmer

für 2 Leute zu vermieten.
Daselbst auch Mittag- u. Abendtisch frei.
Rotendahler Str. 13.

Zum Mitbewohnen eines

möbl. Zimmers

mit voller Pension, anst. junger Mann gesucht.
Näheres
Mühlenhämmer Str. 1.

Für anst. jungen Mann

Kost und Logis frei.

Daselbst
Ueberzieher und Schuhe
zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsst.

Zwei anständige junge Männer finden

Kost u. Logis.

Wo, sagt die Geschäftsst.

Im Etagengeschäft
Geschwister Tillmann
Mittelstraße 67
kaufen Sie gut u. billig

Kleiderstoffe
Blusenstoffe
Mantelstoffe
Spitzen und
Festons.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Von Sonntag als Beginn in dieser Woche jeden abend ½9 Uhr, im Konfirmandensaal die deutsche Gebetswoche

Versammlung

im Saale des Vereinshauses.

Heute abend ½9 Uhr:

„Die Völker und ihre Obrigkeiten".

P. Schloemann.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener.

Am **Donnerstag, den 6. ds. Mts.,** abends pünktlich 8 Uhr, bei Hackenberg:

General-Versammlung.

1. Zahlung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Vereinsbericht.
4. Kassenbericht.
5. Neuwahl des Vorstandes.
6. Neuwahl der sozialen Kommission.
7. Wahl der Kassenprüfer.
8. Wahl des Vereinslokales für 1921.
9. Vortrag: Zusammenarbeit zwischen der Vereinigung und den amtlichen Fürsorgestellen.
10. Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen Versammlung laden wir unsere Mitglieder herzlichst und dringend ein.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande des Landwirtes Friedrich Berker zu Haspe, Schulstraße 26 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gevelsberg, 31. Dez. 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Oelbehälter mit Inhalt gefunden.

Gevelsberg, 31. Dezbr. 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Geld gefunden.

Gevelsberg, 31. Dezbr. 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Zigaretten-Etui
mit Monogramm H. P. verloren. Abzugeben gegen Belohnung bei
Pabbery, Ratskeller.

Suche Transportgelegenheit von Düsseldorf nach Gevelsberg für Möbel.
Angebote unter W. E. 897 an die Geschäftsstelle.

Hansa-Café Hagen. Täglich erstkl. **Künstler-Konzerte** Auftreten des berühmten Kapellmeisters Violinvirtuosen Adolf van Hengel-Amsterdam mit seiner beliebten Kapelle. Jeden Donnerstag **Gr. Extra-Konzert.** Sonntags von 11½—1 **Früh-Konzert.**